

Die Vereinten Nationen – das sind nicht »die anderen«, das sind wir, die Mitglieder. Und diese Organisation ist so stark und so vereint, wie wir – die Mitglieder – sie machen. Deshalb mein Appell heute an diese Versammlung:

- > Beenden wir in unserer Haltung zu den Vereinten Nationen das ständige Hin und Her zwischen Euphorie und Enttäuschung!
- > Hören wir auf mit den Schuldzuweisungen, die zu nichts führen!
- > Verbinden wir Vision und Pragmatismus, Solidarität und Selbstverantwortung zu einer vernünftigen und realistischen internationalen Partnerschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen.
- > Machen wir diese schlagkräftiger, effizienter und sparsamer! Denn wir müssen sie schlanker machen, und sie müssen Einsparungen vornehmen.

- > Tun wir das in konstruktivem Geist, mit und für die Vereinten Nationen!
- > Geben wir den Vereinten Nationen das, was sie brauchen – auch durch Zahlung unserer Beiträge!

Das erwartet die Weltgemeinschaft von uns jetzt zu Recht. Das ist die Aufgabe für die Völkergemeinschaft an der Schwelle des neuen Jahrtausends. Bei einem Scheitern der Reformen wird es nur Verlierer geben.

»Hoffnung ist der Pfeiler der Welt«, sagt man in Südafrika. Vor fünfzig Jahren wurde in San Franzisko ein solcher Hoffnungspfeiler für die Menschheit geschaffen. Tun wir alles, damit dieser Pfeiler die Hoffnungen der Menschheit auch in den nächsten fünfzig Jahren lebendig hält. Deutschland wird dabei weiterhin mithelfen.

## Deutsche Leistungen an den Verband der Vereinten Nationen

In fast schon regelmäßigen Abständen erklärt Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die Vereinten Nationen für bankrott. Tatsächlich hat sich die längst chronische Finanznot mittlerweile zur akuten Krise ausgewachsen.

1993 wurden die (Zweijahres-)Haushalte 1994/95 der UN und ihrer Sonderorganisationen noch generell unter dem Vorzeichen des »realen Nullwachstums« verhandelt und beschlossen. Das bedeutete (zum Teil erhebliches) Haushaltswachstum allein zum Ausgleich für Inflation und Wechselkursentwicklungen; ein Anstieg wegen zusätzlicher Aktivitäten aber war ausgeschlossen. »Reales Nullwachstum« avancierte über die Jahre immer mehr zum Reizwort für die Entwicklungsländer, die trotz der sich verschlechternden nationalen Haushaltslage der meisten Hauptbeitragszahler ein reales Wachstum für unabdingbar ansahen. Aus dieser Stimmungslage heraus hätten damals wohl nur die wenigsten damit gerechnet, daß im Jahre 1995 bei den Budgetverhandlungen für 1996/97 die Meßlatte noch höher aufgehängt werden würde; »nominales Nullwachstum« (also auch kein Ausgleich für Inflation und Wechselkursverluste) bis »nominales Minuswachstum« hieß diesmal die Forderung. Vorgebracht wurde sie vor allem von der US-Regierung, die erhebliche Schwierigkeiten in ihrem für die UN bestimmten Haushaltstitel hat und voraussieht (vgl. S. 31 dieser Ausgabe). So ergab sich bei den meisten UN-Organisationen die gleiche Verhandlungssituation: Die US-Vertreter forderten einen Haushalt 1996 beziehungsweise 1996/97, der unter dem des Jahres 1995 beziehungsweise des Zweijahreszeitraums 1994/95 liegt. Auf Grund der Erklärungen der USA war abzu-sehen, daß sie bei einem Scheitern ihrer Verhandlungsposition ihre Beiträge nur bis zu der für sie jeweils finanzierbaren Budgetgröße erbringen würden. Jeder verabschiedete Haushalt, der über der amerikanischen Schwelle lag, hätte damit automatisch eine Finanzierungslücke zur Folge. Ein Viertel des Teiles, der über den US-Vorstellungen für das jeweilige Budget lag, hätte von vornherein gefehlt. Eine seriöse Haushaltspolitik hätte eine Haushaltssperre mindestens in Höhe dieser als sicher anzusehenden Beitragsausfälle geboten; andernfalls wäre einem von Anfang an unterfinanzierten Budget zugestimmt worden, und man hätte die Gefahr eines Kassendefizits in Kauf genommen. Aber selbst eine Haushaltssperre hätte eine Änderung der mit der Beitragsskala festgesetzten Lastenverteilung noch nicht verhindern können. Denn schließlich hätten die Vereinigten Staaten ihre 25 vH nur auf den niedrigeren, für sie akzeptablen Budgetwert erbracht, während für die übrigen Mitgliedstaaten deren Beitragssatz auf den höheren, verabschiedeten Haushalt angewendet worden wäre. In Prozenten zahlten damit letztere gegenüber den USA mehr, als es der akzeptierten Beitragsverteilung entspricht. Um diesen Effekt zu vermeiden, hätte der jeweilige Budgetentwurf auf

das voll finanzierbare, also auch für die USA akzeptable Maß reduziert werden müssen.

Wie hat man nun letztendlich reagiert? Obwohl überwiegend die gleichen Mitgliedstaaten in den verschiedenen UN-Organisationen vertreten sind, ist es anscheinend nicht möglich, zum gleichen Problem den gleichen Lösungsansatz zu vertreten. Ein dem UN-System gegenüber kohärentes Vorgehen einzelner Hauptbeitragszahler in dieser Frage war kaum zu erkennen. Mitunter wurde von ein und demselben Staat je nach Ressortzuständigkeit dieser und dann wieder jener Standpunkt vertreten. Mangelnde Koordinierung müssen sich daher nicht nur die Vereinten Nationen vorwerfen lassen. Dementsprechend unterschiedlich sehen die verabschiedeten Haushalte hinsichtlich des Umgangs mit dem durch die Politik der USA aufgeworfenen Problem aus. Während in einigen Fällen in zum Teil verklausulierter Form haushaltstechnisch der Realität Rechnung getragen wurde, betrieb man in anderen Fällen eher eine Vogel-Strauß-Politik, deren negative Folgen nicht lange auf sich warten lassen dürften.

Dafür, wie solche Sünden der Vergangenheit die Organisationen einholen können, liefert die FAO ein Beispiel. Dort setzte sich die Geschichte eines 1991 gemachten Fehlers über 1993 auch 1995 weiter fort. Die in dieser Zeitschrift (VN 1/1994 S.19) geäußerte Einschätzung bewahrheitete sich: Der damals angewendete Trick, für 1994/95 alle Mitgliedsbeiträge um erhoffte US-Schuldenabtragungen künstlich zu kürzen, führte zu dem voraussehbaren überproportionalen Anstieg der Mitgliedsbeiträge für 1996/97. Was 1993 unter anderem von der deutschen Delegation vorhergesagt worden war, versetzte nun plötzlich viele Mitgliedstaaten in gespieltes oder echtes Erstaunen. Sie stellten die Frage, wie es denn möglich sei, daß ihre Mitgliedsbeiträge prozentual weit höher steigen sollten als der vom Generaldirektor vorgelegte Haushaltsentwurf. Zu dieser Problematik gesellte sich die US-Forderung nach nominalem Minuswachstum des Haushalts, was zu einer für viele nicht mehr nachvollziehbaren Gemengelage führte. Die Ausgabenseite wurde bei der Wachstumsberechnung des Haushalts fälschlicherweise mit der Finanzierungs-/Einkommenseite verglichen; unterschiedliche Budgetwerte wurden als Ausgangsgröße zugrundegelegt; die diskutierte Haushaltssperre, bei der es sich um eine Maßnahme der Haushaltsdurchführung handelt, wurde als endgültige Budgetabsenkung fehlinterpretiert. Die Haushaltsberatungen wurden zum Schluß mit kaum noch nachvollziehbaren Argumenten geführt. Der verabschiedete Haushalt lag schließlich deutlich unter dem ursprünglich vorgelegten Budgetentwurf, aber immer noch mindestens 50 Mill Dollar über der für Washington akzeptablen Größe. Die in der Resolution der FAO-Konferenz zum Haushalt enthaltenen Vorgaben müßten eigentlich dafür sorgen, daß dieser Umstand dennoch nicht zu einem Kassendefizit führt.

Bei der UNIDO erübrigte sich die Frage, wie auf die Politik der USA zu reagieren sei, durch deren Ende 1995 erklärten Austritt, der aber erst Anfang 1997 wirksam wird. Maßgebend für diesen Schritt war sicher nicht nur die US-Einschätzung der UNIDO, sondern es waren auch die bereits geschilderten nationalen Haushaltsprobleme in Washington, die eine solche Entscheidung beförderten. Welche Folgen der Austritt des größten Beitragszahlers für den Bestand der Organisation haben wird und ob weitere Mitgliedstaaten diesem Beispiel folgen werden, ist derzeit noch nicht abzusehen. Als unmittelbare Folge wurde der Haushaltsentwurf 1996/97 in Höhe des 1997 eintretenden Beitragsausfalls der USA abgesenkt, da die verbleibenden Mitgliedstaaten nicht gewillt waren, diesen 25-prozentigen Ausfall auszugleichen.

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung der regulären Budgets der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einschließlich der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Pflichtbeitragsanteile, über die freiwilligen deutschen Leistungen zu den hauptsächlichsten Programmen und Hilfswerken der Weltorganisation sowie über die deutschen Beiträge im Weltbankbereich.

Zu den Zahlenangaben ist darauf hinzuweisen, daß die Soll-Ansätze des Bundeshaushalts und die Ist-Zahlen häufig voneinander abweichen. Für Zahlungen, die in US-Dollar (wie bei den Vereinten Nationen und den meisten ihrer Sonderorganisationen sowie bei der Weltbank) oder in Sonderziehungsrechten (wie bei der IDA) zu erbringen sind, werden die Soll-Ansätze im Bundeshaushalt zu einem festgelegten Umrechnungskurs veranschlagt. Die tatsächlich aufzuwendenden Beträge in DM richten sich dagegen nach den jeweiligen Tageskursen. Bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Vereinten Nationen verpflichtet sich Deutschland in DM, so daß die Wechselkursproblematik nicht entsteht.

Die Aufstellung führt die Übersicht über die Beitragsleistungen der Bundesrepublik Deutschland in VN 1/1994 S. 18f. fort, in der ebenfalls ein Zehnjahresvergleich angestellt worden war. Einen Überblick über den Verband der Vereinten Nationen mit seinen Sonderorganisationen, Spezialorganen und autonomen Organisationen vermittelt das Verzeichnis »Das UN-System auf einen Blick« auf S. 37 dieser Ausgabe.

#### A. UN, Sonderorganisationen (ohne IMF und Weltbankgruppe) und IAEA

Organisation	1986/87		1996/97	
	Gesamtbudget Mill Dollar	Anteil der Bundesrepublik Deutschland v H	Gesamtbudget Mill Dollar	Anteil der Bundesrepublik Deutschland v H
UN (Hauptorganisation)	1 663,34	8,26	2 608,27	9,0425 / 9,06
ILO	253,14	8,47 / 8,27	579,5	8,9199 / 8,94
FAO	437,0	10,31	650,0	9,78 / 9,76
UNESCO	398,47	8,16	518,0 <sup>1)</sup>	8,897 / 8,91
WHO	605,33	8,38	842,6	8,8899 / 8,91
ICAO	32,35 <sup>2)</sup>	7,07	102,5	7,78 / 7,49
UPU <sup>3)</sup>	9,90	5,11	29,25	5,42
ITU <sup>3)</sup>	45,86 <sup>4)</sup>	7,65	294,9	8,16
WMO <sup>3)</sup>	37,50	6,25/6,69	103,7	8,95
IMO	26,50	1,75	55,28 <sup>5)</sup>	1,89
WIPO <sup>3)</sup>	16,65	5,21	38,3	6,52
IFAD <sup>8)</sup>	27,51	-	48,72 <sup>7)</sup>	-
UNIDO	157,41	8,21	210,2	12,568/12,59 <sup>9)</sup>
IAEA	98,68 <sup>2)</sup>	8,75	219,0 <sup>7)</sup>	9,351

1) 69,6-Prozent-Budget (nach Austritt Großbritanniens, Singapurs und der Vereinigten Staaten); deutscher Anteil hieran: 12,78 vH  
2) 1986

- 3) Das Budget wird in Schweizer Franken aufgestellt; angewendeter Umrechnungskurs 1986/87: 2,50 sfr pro Dollar, 1996/97: 1,20 sfr pro Dollar.
- 4) einschließlich Publikationshaushalt
- 5) Das Budget wird in Pfund Sterling aufgestellt; Umrechnungskurs: 1 Pfund Sterling pro 1,51 Dollar.
- 6) Programmunionen
- 7) 1996
- 8) Keine Veranlagung der Mitgliedstaaten zu Pflichtbeiträgen; der Verwaltungshaushalt wird durch Zinseinnahmen aus Investitionen des Fonds finanziert.
- 9) nach Austrittserklärung der Vereinigten Staaten, bezogen auf 156,4 Mill Dollar

#### B. Sonderprogramme und Hilfswerke der Vereinten Nationen

Programm	Beitrag der Bundesrepublik Deutschland			
	1986 (Ist)	1994 (Ist)	1995 (Soll)	1996 (Soll)
	- in 1 000 DM -			
UNEP	4 800	10 709	10 800	10 800
UNICEF	15 500	0 <sup>1)</sup>	9 000	12 000
UNHCR	7 000	7 800	9 000	9 000
UNRWA	2 500	3 500	3 500	3 500
UNRWA-Sondermaßnahmen	7 500	6 300	6 800	6 800
Humanitäre Hilfe im Rahmen von UNICEF, UNHCR, UNRWA u.a.	26 574	10 899	2)	2)
Nahrungsmittelhilfe (FAO, UNRWA, UNHCR) und Ernährungssicherungsprogramme	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg	1 114	1 658	1 684	1 721
Internationale Zentren zur Zusammenarbeit mit der WHO	1 039	1 305	2 000	1 700
WHO-Fonds zur Förderung des Gesundheitswesens	550	563	750	750
Drogenkontrollprogramm (UNDCP)	3 200	5 680	9 634	8 640
WFP	44 998	45 000	45 000	45 000
UNDP	118 000	138 000	133 000	133 000
UNFPA	37 700	52 000	55 000	56 000
Treuhandfonds für das Südliche Afrika	184	0	166	0
Erziehungs- und Ausbildungsprogramm für das Südliche Afrika	184	165	166	166
UNESCO-Fonds für das Erbe der Welt	328	450	493	493
Frauenfonds (UNIFEM)	3)	1 300	1 600	1 600
Weitere zweckgebundene Beiträge an UN und Sonderorganisationen für Einzelprojekte oder Sonderprogramme	41 434	56 123	55 000	58 000

- 1) Auf Grund eines zu dieser Zeit bestehenden erheblichen Kapitalüberhangs beim UNICEF wegen nicht abfließender Mittel beschloß der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, den regelmäßigen freiwilligen deutschen Beitrag an das UNICEF zu sperren, bis der Barbestand des Kinderhilfswerks auf ein vernünftiges und notwendiges Maß zurückgeführt ist.
- 2) noch nicht bekannt; Mittel auf Antrag
- 3) in dieser Form noch nicht existent

#### C. Weltbankbereich<sup>1)</sup>

Finanzierungsinstitution	1986 (Ist)	1994 (Ist)	1995 (Soll)	1996 (Soll)
	- in 1 000 DM -			
Weltbank <sup>2)</sup> und IDA <sup>3)</sup>	853 000,0	1 110 986,0	1 097 725,0	1 147 000,0

- 1) Weltbank und IDA fördern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern durch langfristige Darlehen, die sie zu günstigen Konditionen (markttauer Zinssatz bei der Weltbank; zinslos bei der IDA, jedoch Bereitstellungsgebühr von derzeit 0,75 vH) an Regierungen oder mit Regierungsgarantie an Projektträger vergeben.
- 2) Die Mitgliedstaaten der Weltbank zeichnen Kapitalanteile und erwerben dadurch Miteigentum an der Bank. Die Anteile werden zum Teil durch Bareinlagen, überwiegend durch Haftungskapital erbracht. Vor allem das von den westlichen Industrieländern gezeichnete Haftungskapital ermöglicht es der Weltbank, sich auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren. Die Gesamtbeiträge Deutschlands betragen 8,734 Mrd Dollar; davon sind 542,9 Mill Dollar eingezahlt, der Rest verbleibt als einforderes Kapital (Stand: 31. Juni 1995 - Fiskaljahr 1995). Damit beträgt der Anteil Deutschlands als drittgrößter Anteilseigner etwa 4,95 vH.
- 3) Die IDA deckt ihren Finanzbedarf aus den eingezahlten Beiträgen der Geberländer, zunehmend aus Rückzahlungen der Darlehensnehmer sowie in geringem Umfang aus Gewinnüberweisungen der Weltbank und aus sonstigen Einnahmen. Die Mittel werden überwiegend von westlichen Industrieländern bereitgestellt.
- 4) Die Bundesrepublik Deutschland erbringt ihre Beiträge zu den Kapitalerhöhungen der Weltbank und zu den Auffüllungen der IDA-Mittel zunächst durch die Hinterlegung von Schuldscheinen. Die Schuldscheine sind bei Abruf fällig.

Zusammengestellt von Armin Plaga □